EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge
Mitglied des Europäischen Parlaments

Oktober/November 2014

Liebe Leserinnen und Leser,

die Mehrheit der Europaabgeordneten hat dem neuen Kolleg der Kommissare um Kommissionspräsident Juncker grünes Licht gegeben (423 Ja-Stimmen, 209 Nein-Stimmen und 67 Enthaltungen). Juncker war im Vorfeld der Abstimmung der Forderung des EP nach personellen Veränderungen nachgekommen. So musste z.B. eine neue Kandidatin aus Slowenien gefunden werden, nachdem die ursprüngliche Kandidatin vom zuständigen Parlamentsausschuss abgelehnt worden war.
Mit der jetzigen Riege der Kommissare sind richtige Voraussetzungen gegeben, um die Politik der EU neu zu gestalten, bürgernäher und praxisnäher zu machen. Nur wenige Persönlichkeiten verfügen über so tiefgehende Kenntnis der europäischen Institutionen, des Europäischen Parlaments und der europäischen Zusammenhänge wie der neue Kommissionspräsident Juncker.

Theoretisch haben alle 28 Kommissare dieselben Befugnisse, um Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. Das könnte sich jedoch mit dem neuen Zuschnitt der Juncker-Kommission verändern. Künftig werden die sieben Vizepräsidenten der Kommission ressortübergreifende Kompetenzen haben. Erster Vizepräsident und "rechte Hand" des EU-Kommissionspräsidenten wird der Niederländer Frans Timmermans. Er ist u.a. für bessere Regulierung zuständig. Jeder Vorschlag der EU-Kommission wird über Timmermans' Schreibtisch laufen. Unnötige Gesetzesinitiativen kann der künftige Kommissions-Vizechef mit einem Veto stoppen. Juncker hält mit dem neuen Zuschnitt und den stärker projektorientierten Schwerpunktbereichen der Kommission: Konsolidierung, Deregulierung, Wettbewerbsfähigkeit und Energiesicherheit, Europa auf Wachstumskurs. Die EU sollte aber keine unerfüllbaren Versprechungen machen. Es gibt mit dem neuen Spitzenpersonal jedoch eine echte Chance, dass das Durcheinander sich widersprechender Gesetzgebungsvorschläge der EU-Kommission aufhört. Das EP wird an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die europäische Wirtschaft und die Verbraucher konstruktiv mitarbeiten.

Ihr Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

1.) Bekämpfung der Ebola-Epidemie
Die Ebola-Epidemie ist mittlerweile auch in Europa angekommen. Daher diskutierten die Abgeordneten am 20.10.2014 in Straßburg die Entwicklung der Epidemie seit der Entschließung des Europäischen Parlaments im September. Darin rief das Europaparlament die Kommission auf, den Kampf gegen den Virus zu verstärken und die EU-Mittel zu erhöhen.
Für die CDU/CSU-Gruppe ist es eine moralische Verpflichtung, den betroffenen Ländern zu helfen. Um die Gefahr einer weiteren Ausbreitung zu verringern, müssen die Kontrollen des Gesundheitszustandes von Personen bei der Abreise in Afrika und der Anreise in Europa verstärkt werden. Ein oft diskutiertes Flugverbot wäre kontraproduktiv, da die humanitäre Hilfe und das Personal die Krisengebiete erreichen müssen. Andernfalls könnte sich die Lage in der Krisenregion weiter verschlimmern.

2.) Integriertes Konzept für das kulturelle Erbe Europas
Die Kommission hat eine Mittteilung „Für ein integriertes Konzept für das kulturelle Erbe Europas“ vorgelegt. Damit ist sie der Aufforderung der EU-Kulturminister nachgekommen, eine Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Kulturerbes in der EU vorzulegen und eine Strategie für das Vorgehen im Bereich des Kulturerbes zu entwickeln.
Kernaussage der Mitteilung ist die Feststellung, dass das kulturelle Erbe in Europa auch eine Ressource für intelligentes Wachstum und Beschäftigung ist. Es wird dargelegt, welches Konzept der EU für das kulturelle Erbe in verschiedenen Politikbereichen zugrunde liegt und welche Instrumente auf EU-Ebene verfügbar sind. Damit sollen die nationalen und regionalen Anstrengungen unterstützt und Europa zu einem „Labor“ für Kulturerbe-basierte Innovationen gemacht werden. Der Mitteilung ist ein „Mapping Report“ beigefügt, der für den Kulturerbe-Sektor ausführlichere Informationen über EU-Politik und EU-Förderung enthält.

3.) Lage in Syrien
Kämpfer der Terrormiliz IS nähern sich der türkisch-syrischen Grenze. In einer Debatte am 22.10.2014 diskutierten die EU-Abgeordneten die aktuelle Lage und die Rolle der EU. Einigkeit besteht darüber, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor Ort zu stärken und die Terrorgruppe "Islamischer Staat" (IS) zu bekämpfen. Für die Sicherung der Grenze müssen Pufferzonen eingerichtet werden. Besonders die CDU-Abgeordneten traten dafür ein, dass den Notleidenden in Syrien und im Irak verstärkt vor Ort geholfen wird. Angesichts des nahenden Winters ist die EU in der Pflicht, die humanitäre Hilfe zu verstärken und die getroffenen Beschlusslagen schnellstmöglich umzusetzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Geflohenen irgendwann in Sicherheit in ihre Heimat zurückzukehren können.

4.) Die Kommission hat den 6.Kohäsionsbericht vorgelegt.
In diesem Bericht werden die Schwerpunkte der Investitionen von 2014 bis 2020 aufgezeigt und dargestellt, was in den letzten sieben Jahren mithilfe der EU-Kohäsionsfonds erreicht worden ist. In der neuen Finanzperiode 2014-2020 stehen 351 Mrd. EUR zur Verfügung, davon für Deutschland rund 19 Mrd. EUR. Die Investitionen sollen sich auf Schlüsselbereiche wie CO2-arme Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), Innovation und Beschäftigung sowie soziale Eingliederung konzentrieren.
Allein für den Übergang zu einer umweltfreundlicheren CO2-armen Wirtschaft stehen 38 Mrd. EUR für Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zur Verfügung. 2007-2013 waren es lediglich 16,6 Mrd. EUR im Zeitraum 2007 2013. Die Ausgabenpläne und „Partnerschaftsvereinbarungen“ der Mitgliedstaaten sehen vor, dass die europäischen KMU zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mit bis zu 33 Mrd. EUR unterstützt werden sollen. Über 80 Mrd. EUR werden über den Europäischen Sozialfonds und die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen in Humankapital investiert. Dabei werden die Städte ausdrücklich als Innovations- und Wachstumsmotor bezeichnet. Oft sind aber gerade die Einwohner von Städten stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Daher sollen mindestens 20 % der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds in eine bessere soziale Eingliederung und die Bekämpfung von Armut investiert werden.

Bild 1:

08.10.2014 Reimer Böge spricht auf einer EKD-Veranstaltung über die europäische Jugendpolitik, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und Erasmus+.

(Foto: Büro EKD Brüssel)

5.) Verkehrsdelikte
Es gibt eine neue Rechtsgrundlage zur europaweiten Vollstreckung von im EU-Ausland begangenen Verkehrsverstößen. Damit soll ein vom Gericht der EU (EuG Große Kammer) festgestellter Mangel in der ersten Fassung der Richtlinie 2011/82/EU reparieret werden, der eine EU-weite Ahndung von bestimmten Verkehrsdelikten ermöglicht. Diese Richtlinie, wie auch die in der Sache unveränderte „reparierte“ Neufassung, verpflichtet die Mitgliedstaaten, die Halterdaten bei bestimmten Verkehrsverstößen den Behörden des Mitgliedstaates zur Verfügung zu stellen, in dem der Verkehrsverstoß begangen worden ist.
Damit können nach wie vor folgende Verkehrsverstöße erfasst und von den Mitgliedstaaten europaweit verfolgt werden: Geschwindigkeitsübertretungen, Nichtanlegen des Sicherheitsgurts, Überfahren eines roten Lichtzeichens, Trunkenheit im Straßenverkehr, Fahren unter Drogeneinfluss, Nichttragen eines Schutzhelms, unbefugte Benutzung eines Fahrstreifens und rechtswidrige Benutzung eines Mobiltelefons beim Fahren.
Jeder EU-Mitgliedstaat kann in diesen Fällen in jedem anderen Mitgliedstaat auf nationale Zulassungsdaten zugreifen, um jene Person ausfindig zu machen, die für das Delikt haftbar ist. Die Strafverfolgung und Höhe des Bußgelds entsprechen den Regeln des Staates, in dem die Übertretung begangen wurde. Es geht bei der europaweiten Ahndung nur um Bußgelder, nicht aber um die Einziehung von Fahrerlaubnissen oder anderen Sanktionen. Strafpunkte in Flensburg gibt es daher weiterhin nur für Inlandsverstöße.

Pressemitteilungen:

1.) 23.09.2014; "Raus auf die Wiese": Das Pilotprojekt Blühendes Steinburg als Erfolgsmodell für Europa
Mit einem Impulsreferat eröffnete der schleswig-holsteinische CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge am Dienstag (23.09.2014) in Brüssel eine zweitägige Konferenz zu ergebnisorientierten Umweltmaßnahmen in der EU: "Mit dem Projekt 'Blühendes Steinburg' gibt es auch in Schleswig-Holstein ein erfolgreiches Beispiel für die EU", so Böge vor dem Plenum. Das Projekt 'Blühendes Steinburg' habe sich zum Ziel gemacht, funktionsfähige Alternativen zu bestehenden, bisweilen starren Umweltprogrammen zu finden.
Konkret würden Landwirte ergebnisorientiert für die Bewahrung von ökologischen Lebensräumen belohnt. Diese Honorierung fände anhand der auf den Wiesen vorgefundenen Flora und Fauna statt. Anstelle der sonstigen Sanktionen und etwaigen Strafen stelle somit das positive Ergebnis das zentrale Förderkriterium dar.

Ein Ansatz, der die Unterstützung Böges fand. Er brachte daher gemeinsam mit der damaligen Abgeordnetenkollegin Britta Reimers (FDP) einen entsprechenden Vorschlag für ein Pilotprojekt in

den EU-Haushalt ein: "Dieses für Schleswig-Holstein wichtige Projekt wurde durch alle Stufen des Haushaltsverfahrens getragen. Nun sind für solche und ähnliche Programme insgesamt 2 Mil. EUR vorgesehen. Die Ausschreibungen laufen über die Kommission", so Böge.
Nach der theoretischen Planungsphase mit Studien und europaweiten Untersuchungen zu ähnlichen Umweltmaßnahmen ging es mit der gestrigen Konferenz nun in die praktische Umsetzung. Reimer Böge unterstrich in seiner Eröffnungsrede vor rund 80 Teilnehmern aus 23 EU-Mitgliedstaaten:
"Mein Ziel ist es, den Landwirten und sonstigen Adressaten von Umweltmaßnahmen das Heft des Handelns zurückzugeben. Landwirte, Umweltverbände und Verwaltung müssen zusammen raus auf die Wiese und viel stärker zu einem ergebnisorientierten Ansatz finden! Was zählt, ist das Ergebnis, nicht der Instrumentenkasten! Positive Beispiele werden Nachahmer finden. Das gilt für das 'Pilotprojekt Blühendes Steinburg', aber auch für die erfolgreichen Projekte in Baden-Württemberg und Frankreich. Die Konferenz ist ein Zwischenerfolg. Nun hoffe ich, dass diese Konferenz einen wichtigen Impuls für interessante Alternativen praxisnaher und nachhaltiger Agrarumweltprogramme liefert. Das Projekt sollte dann seinen Weg in die europäische Gesetzgebung finden", so der CDU-Abgeordnete abschließend.

Bild 2:

23.09.2014: Reimer Böge eröffnet in Brüssel eine zweitägige Konferenz zu ergebnisorientierten Umweltmaßnahmen in der EU. Er berichtet von dem Projekt "Blühendes Steinburg" in Schleswig-Holstein und betont dessen positiven Beispielcharakter für ähnliche Projekte in der EU.

(Foto: Büro Böge)

2.) 18.09.2014; Reimer Böge zur EU-Jugendinitiative: Orientierung an Positivbeispielen bringt Jobs

Anlässlich der Debatte der EU-Abgeordneten in Straßburg mit Vertretern des Rats und der EU-Kommission zur Europäischen Jugendinitiative, fordert der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Reimer Böge (CDU), sich im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit stärker an positiven Beispielen zu orientieren. Insgesamt müsse der Kampf für mehr Jobs europaweit besser koordiniert werden. Allein EU-Mittel bereit zu stellen, reiche nicht, so Böge. Ziel der Jugendgarantie sei es, jedem Jugendlichen in der EU nach spätestens vier Monaten in der Arbeitslosigkeit einen Job zu vermitteln. Dafür würden bereits insgesamt sechs Milliarden Euro festgesetzt - bislang meist ungenutzt.

"Die mit Kommission und Rat diskutierte Jugendgarantie macht nur Sinn, wenn die Mitgliedstaaten gezielt Programme zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit erarbeiten", so Böge. "Wir brauchen erfolgreiche Programme auf allen nationalen Ebenen, um dauerhafte Jobaussichten in Europa zu schaffen. Hierfür sollten wir zuerst funktionierende Programme aufbauen und uns an erfolgreichen Maßnahmen in verschiedenen Mitgliedstaaten orientieren. Als Beispiel nenne ich hier das duale Ausbildungssystem in Deutschland. "

Die größte Chance sieht der CDU-Europaabgeordnete allerdings in der Förderung von jungen Unternehmern: "Warum unterstützen wir nicht die unternehmerischen Ideen junger Menschen? Aus

vielen Start-up-Firmen sind in den letzten Jahren erfolgreiche und große Konzerne erwachsen. Das bedarf jedoch einer Entlastung im nationalen und europäischen Bürokratie-Urwald.

Bislang hat die Kommission nur Konzepte aus Frankreich und Italien angenommen. Das Ergebnis ist nach einem Jahr für Böge zu gering: "Die Kommission muss die Umsetzung der Jugendgarantie und eine verstärkte Mobilität innerhalb der EU mehr verfolgen. Nur so können wir das Wirtschaftswachstum vorantreiben und vielleicht auch irgendwann von einer europaweiten Jobbörse sprechen. Wir brauchen endlich ein strategisches und besser abgestimmtes Vorgehen im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit", so Böge abschließend.

3.) 16.09.2013; Schluss mit Detailgesetzen: EVP-Fraktion gründet "SME Circle" für KMU

Mit der neuen Arbeitsgruppe "SME Circle" führt die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament in dieser Legislatur konsequent den Kampf gegen Überregulierung und überbordende Regulierung fort. "In der neuen Gesetzgebungsperiode muss endlich Ernst damit gemacht werden, dass sich die EU in ihren Gesetzen auf das Wesentliche beschränkt. Die Wirtschaft kann nur wachsen, wenn Schluss ist mit all den Detailgesetzen", erklärt der schleswig-holsteinische Euroabgeordnete Reimer Böge (CDU). "Mit meinem Abgeordnetenkollegen Markus Pieper erhält die 40-köpfigen Arbeitsgruppe "SME Circle" einen exzellenten Vorsitzenden."

"Die neue Arbeitsgruppe soll als ein 'Red Tape Watch', als Beobachtungsstelle gegen bürokratische Exzesse agieren. Jedes EU-Gesetz muss auf seine Mittelstands-Tauglichkeit überprüft werden", betont Böge. Insbesondere fordert er daher ein Durchgriffsrecht für den neuen ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans.

"Dass Juncker an so zentraler Stelle eine eigene Zuständigkeit für bessere Rechtsetzung und Deregulierung schafft, ist Anlass zu Hoffnung. Timmermans braucht aber ein Vetorecht und klare Durchgriffsmöglichkeiten", so Böge. Als langfristiges Ziel will Böge einen Europäischen Normenkontrollrat. "Wir brauchen ein institutionalisiertes Kontrollgremium, das darüber wacht, dass das Subsidiaritätsprinzip eingehalten wird, und misst, welche Kosten durch Bürokratie verursacht werden", so der CDU-Europaabgeordnete abschließend.

Bild 3:

16.09.2014: Reimer Böge trifft eine offizielle Besuchergruppe aus Schleswig-Holstein.

(Foto: Büro Böge)

4.) 10.09.2014; Struktur der neuen EU-Kommission verspricht bessere Koordination und politische Schlagkraft

Der CDU-Europaabgeordnete Reimer Böge zeigte sich mit dem heute Mittag von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Brüssel vorgestellten Kommissarskollegium für die Jahre 2014-2019 zufrieden:

"Der Zuschnitt der 27 Einzelportfolios und die innovative Arbeitsstruktur mit verschiedenen Projektteams bieten Chancen für eine bessere politische Koordinierung sowie für eine höhere Schlagkraft der Kommission."

Mit Blick auf die personale Zuordnung nahm Böge eine differenzierte Einschätzung vor und deutete an, dass einige Kandidaten mehr Überzeugungsarbeit leisten müssten als andere: "Mit der digitalen Agenda hat der amtierende Energiekommissar Günther Oettinger ein Dossier erhalten, welchem in den kommenden Jahren eine große Bedeutung für den Erhalt der globalen Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins, Deutschlands und Europas zukommen wird. Oettinger hat in den vergangenen Jahren auf europäischer Ebene ausgezeichnete Arbeit geleistet und ich bin zuversichtlich, dass er diese auch in seinem neuen Aufgabenbereich fortsetzen wird. Die designierte Kommissarin und bisherige dänische Vizeministerpräsidentin Margrethe Vestager bringt ebenfalls die notwendigen Voraussetzungen mit, um das ihr angetragene Wettbewerbsdossier im europäischen Interesse zu führen. Die bereits Ende August vom Europäischen Rat bestimmte Hohe Beauftrage für Außen- und Sicherheitspolitik, Frederica Mogherini aus Italien, muss das Parlament hingegen zunächst davon überzeugen, dass sie die nötige Ausdauer und Dynamik mitbringt, die dieses herausragende Amt erfordert. Gleiches gilt für den britischen Kandidaten Jonathan Hill, der glaubhaft darstellen muss, dass er sich als Kommissar für Finanzdienstleistungen nicht einseitig von den Interessen der Londoner City leiten lässt. Die diskussionswürdige Benennung des Franzosen Pierre Moscovici als Kommissar für Wirtschaft und Finanzen sowie Steuern wird dadurch gemildert, dass der frühere lettische Ministerpräsident Valdis Dombrovskis die Gesamtverantwortung für den Eurobereich übernimmt. Das Parlament wird wie im Jahr 2009 die einzelnen Kandidaten gründlich überprüfen und danach entscheiden, ob es dem Kollegium als Ganzes seine Zustimmung erteilt."

Der Zeitplan für die Verabschiedung der neuen Kommission lautet wie folgt: Die Anhörungen der designierten Kommissare finden vom 29. September bis zum 07. Oktober in den jeweils inhaltlich zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments statt. Das Plenum wird in der Sitzungswoche vom 20. Oktober über das Kollegium abstimmen. Sofern die Zustimmung des Parlaments bis dahin vorliegt, wird die neue Kommission am 01. November 2014 ihre Amtsgeschäfte aufnehmen.

5.) 07.08.2014; Keine Sondergerichtsbarkeiten durch Freihandelsabkommen schaffen

"Investorenschutzregelungen zwischen Ländern mit entwickelten Rechtssystemen brauchen keine Sondergerichtsbarkeiten,", stellt der Europaabgeordnete Reimer Böge anlässlich der für September angekündigten Unterzeichnung des Freihandelsabkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union fest. Böge betonte, dass frühere Investorenschutzabkommen der Bundesrepublik meist dem Schutz deutscher Unternehmen in Ländern mit politischen und rechtlichen Unwägbarkeiten dienten. "Heute muss das einzige Ziel dieser Abkommen sein, dass ausländische Unternehmen gegenüber einheimischen keiner Diskriminierung unterliegen. Demokratische parlamentarische Prozesse dürfen nicht ausgehebelt werden", so Böge.

Der Europaparlamentarier fordert von der Europäischen Kommission, die vorliegenden Texte des Abkommens schnellstmöglich den zuständigen Ausschüssen der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments zuzuleiten. "Vor Unterzeichnung des Abkommens müssen die Bewertungen der Parlamente einbezogen werden. Falls es sich dadurch als notwendig erweist, halte ich eine Verschiebung der Unterzeichnung des Abkommens für unerlässlich", sagt Böge.

Der Vorsitzende der Nord-Union ist stellvertretendes Mitglied im Außenhandelsausschuss des Europäischen Parlaments. "Generell haben sich die Abstimmungsabläufe bei Freihandelsabkommen zwar verbessert, aber sie reichen noch nicht aus. Es liegt allerdings nicht allein an der Europäischen Kommission, es sind zu oft die Mitgliedstaaten, die der Transparenz im Wege stehen", so Böge abschließend.

Bild 4:

18.09.2014: Zu einem ausführlichen Arbeitsgespräch trafen sich der Europa-abgeordnete Reimer Böge (CDU) und EU-Haushaltskommissar Jacek Dominik. Thema der Unterredung war u.a. der Standpunkt des Rats zum Haushalts-entwurf für 2015.

(Büro Böge)

Terminauswahl:

29.09.2014	CDU-Fachkongress Schleswig-Holstein 2022, Neumünster
30.09.2014	Haushaltsausschuss, Brüssel
01.-02.10.2014	Ausschuss- und Fraktionssitzungen, Brüssel
02.10.2014	Festrede zum Tag der Deutschen Einheit, Schloss Gottorf
03.10.2014	Anhörung der designierten Haushaltskommissarin Georgieva, Brüssel
04.10.2014	JU-Schleswig-Holstein Tag, Bad Segeberg
06.-08.10.2014	Ausschuss- und Fraktionssitzungen, Brüssel
07.10.2014	Offene Konferenz der Präsidenten zur Anhörung von Timmermans, Brüssel
08.-09.10.2014	EP-Plenartagung, Brüssel
08.10.2014	Panelteilnahme beim jugendpolitischen Fachgespräch der EKG, Brüssel
13.-16.10.2014	Ausschuss- und Fraktionswoche, Brüssel
13.10.2014	Konstitutive Sitzung der EU-Chile Delegation, Brüssel
15.10.2014	Ganztägiges Seminar des Außenhandelsausschusses zu bilateralen Handelsver-einbarungen, Brüssel
20.-23.10.2014	EP-Plenartagung, Straßburg
21.10.2014	Treffen mit Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB, Vorsitzender des NSA-Untersuchungsausschusses, Straßburg
22.10.2014	Wahl der neuen Kommission, Straßburg
06.-09.11.2014	EP-Ausschusswoche, Brüssel
05.11.2014	Gespräch mit Vertretern des Bundestagsverbindungsbüros, Brüssel
06.11.2014	Sitzung des Außenhandelsausschusses, Brüssel
06.11.2014	Schülergespräch 12. Jahrgang in der Kaiser-Karl-Schule Itzehoe
07.11.2014	Europa-Werkstatt zu TTIP, Kiel
10.-12.11.2014	EP-Ausschuss-und Fraktionssitzungen, Brüssel
11.11.2014	Gedenkveranstaltung zum 25-jährigen Jubiläum des Mauerfalls, Brüssel
12.-13.11.2014	EP-Plenartagung, Brüssel
15.11.2014	Landesparteitag CDU Schleswig-Holstein, Neumünster
17.-20.11.2014	Ausschuss- und Fraktionswoche, Brüssel
24.-27.11.2014	Plenarwoche des EP in Straßburg

Für weitere Informationen:
http://www.reimerboege.de
http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp
http://www.europarl.ep.ec/

Impressum:
Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:
Peter Steven
Tel: 00322/ 2845326
Fax: 00322/ 2849326
Email:reimer.boege@ep.europa.eu
Internet: http://www.reimerboege.de

Europäisches Parlament
Rue Wiertz - ASP 15 E 169
B - 1047 Brüssel
Tel: 0032-2-2845326
Fax: 0032-2-2849326
Email: rboege@europarl.eu.int

Europabüro Reimer Böge, MdEP
CDU-Landesverband
Sophienblatt 44-46
D - 24114 Kiel
Tel.: 0431-6 60 99 25
Fax: 0431-6 60 99 27
Email: info@reimerboege.de
Internet: www.reimerboege.de